

Telegraphische Depeschen.

* Köln, 9. Mai. Die Kölnische Zeitung läßt sich aus Saarbrücken vom heutigen Tage melden, der Staatsanwalt habe die Appellation gegen das Erkenntniß in dem wäpinger Wunderproceß zurückgezogen.

* Wien, 9. Mai. In Abgeordnetenkreisen verlautet, wie das Fremdenblatt mittheilt, in sehr bestimmter Weise, daß die Session des Reichsrathes am 17. Mai durch eine Thronrede des Kaisers feierlich geschlossen werden soll.

* Rom, 8. Mai. Döllinger veröffentlicht in der heutigen Italia einen Brief an Kervin, den Rector der hiesigen amerikanischen Paulskirche, worin er alle Gerüchte seiner angeblichen Unterwerfung dem Vatican gegenüber für unwahr erklärt und die Beschlüsse des Vaticanischen Concils nachdrücklich als eine unannehmbare Irreligie bezeichnet.

* Paris, 8. Mai. Der Municipalrath hat die Zoll- und Steuerfreiheit für Verbrauchsgegenstände, die für die Vertreter der auswärtigen Mächte in Paris bestimmt sind, abgelehnt.

* Paris, 8. Mai. Die Bonapartisten sind durch die Nachrichten von einer ernsthaften Erkrankung des Prinzen Louis Napoleon an heftigem Fieber sehr beunruhigt.

* London, 9. Mai. Wie die Daily News melden, beabsichtigt die Regierung, noch 5000 Mann Verstärkungen nach Port-Natal zu senden. — Die Times erzählt, der englische Delegirte Drummond Wolff werde nach der Installation Aleso-Pascha's zum Generalgouverneur von Ostrumelin nach England zurückkehren. Nach hier eingetroffenen Nachrichten wird Aleso-Pascha in etwa zehn Tagen in Philippopolis erwartet.

* Petersburg, 9. Mai. Der Großfürst-Thronfolger hat sich bereit erklärt, Paphenstalle bei dem neugeborenen Sohne des Fürsten von Montenegro zu übernehmen; der Oberst Graf Scheremetjew ist beauftragt worden, als Stellvertreter des Großfürsten zur Taufe nach Cetinje zu gehen. — Die Agence russe bestätigt, daß in der orientalischen Frage eine beruhigtere Auffassung platzgegriffen habe, und schreibt dieses glückliche Resultat der persönlichen Stimmung Rußlands, Englands und der Türkei zu.

* Wien, 9. Mai abends. Die Politische Correspondenz läßt sich aus Konstantinopel melden, durch den englischen Botschafter Layard sei der Pforte mitgetheilt worden, daß der zum englischen Generalconsul für Kleinasien ernannte Oberst Wilson demnächst einen vom londoner Kriegsdepartement ausgewählten Stab erhalten werde, der denselben bei seinen verschiedenen Organisationsarbeiten unterstützen solle.

* Athen, 9. Mai. Unterrichtersseite wird berichtet, die Regierung hege den Wunsch, daß die Verhandlungen über die griechische Grenzfrage nicht in Konstantinopel, sondern in einer europäischen Hauptstadt, etwa in Paris, geführt würden.

Die Reichstagsdebatte vom 8. Mai.

— Leipzig, 10. Mai. Die Zolldebatte, in welche der Reichstag nach eintägiger Pause vorgestern wieder eintrat, gestaltete sich zu einer der pikantesten, leider auch theilweise der leidenschaftlich erregtesten. Letzteres gilt von dem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Reichskanzler und dem Abg. Dr. Lasker, ersteres von den Erklärungen, die Abg. Windthorst für sich und seine Partei, das Centrum, abgab.

Was jene leidenschaftlichen Scenen anlangt, so können wir uns nur aufrichtigst dem Wunsche des Präsidenten Dr. Fordenbeck anschließen, daß solche sich nicht wiederholen möchten. Es kann weder der Sache, welche von den betreffenden Rednern vertreten wird, noch dem Ansehen des Reichstages zuträglich sein, wenn der parlamentarische Kampf mit solcher Schärfe und Leidenschaftlichkeit geführt wird. Sachlich betrachtet, scheint allerdings Abg. Dr. Lasker in Bezug auf einige der Daten, rücksichtlich deren er dem Reichskanzler Unrichtigkeiten vorwarf, nicht ganz im Rechte gewesen zu sein. Andererseits können wir das, was Fürst Bismarck zur Rechtfertigung seines veröffentlichten Briefes an Frn. v. Thüngen geltend machte, als ganz ausreichend nicht erkennen. Daß der Reichskanzler seine Ueberzeugungen über eine vorliegende Gesetzesfrage offen kundgibt, wird niemand ihm verargen; etwas anderes aber ist es denn doch, wenn

er eine Gesetzesvorlage, die er mit seiner Unterschrift an den Reichstag gebracht hat, selbst in den Schatten stellt durch abfällige Aussprüche darüber; wenn er vor der Nation und ihren Vertretern die Bundesregierungen und seine eigenen Collegen im preussischen Ministerium angreift; wenn er endlich eine ganze Interessengruppe zur Agitation gegen ebensolche von ihm unterzeichnete und eingebrachte Vorlage öffentlich auffordert und ermuntert.

Wir wenden uns von dieser unerfreulichen Episode der Debatte vom 8. Mai zu der jedenfalls sehr pikanten der Stellungnahme des Centrumsführers Abg. Windthorst zu dem Programm des Reichskanzlers.

Dr. Windthorst entwickelte zunächst seine schützjülicherischen Ansichten. Das war nichts Neues. Sodann aber versuchte der Abgeordnete für Weppen, seine und seiner Parteigenossen Stellung zum Reichskanzler, wie solche sich durch ihre Abstimmung für die Vorlage gefaltete, zu präcisiren. Zuerst versicherte er, das Centrum werde „schwerlich in die Lage kommen, den Plag der National-Liberalen einzunehmen“, auch wenn letztere aufhörten, Bundesgenossen des Reichskanzlers zu sein. Er stimmte sodann die alte Klage von Verdrückung der katholischen Kirche an und erklärte, solange diese dauere, „müsse das Centrum die bisherige Opposition innehalten“. Trotzdem jedoch könnten er und seine Freunde dem Reichskanzler auf dem betretenen Wege der „Hollpolitik“, „theilweise“, und da „mit aller Energie“, folgen. Daraus möge der Reichskanzler entnehmen, „wie wenig richtig es sei, ihn und seine Freunde als Gegner des Reiches zu betrachten“.

Wir meinen, es ist noch keine besonders starke Gewähr für die Reichsfreundlichkeit des Centrums, wenn es Zollerrhöhungen, die es selbst dringend wünscht, aus der Hand des Reichskanzlers annimmt.

Weiter sprach Abg. Windthorst die Hoffnung aus: der Herr Reichskanzler werde sich entschließen, „sich von dem geistlichen Bureau, das ihn umgibt, ebenso zu emancipiren, wie er sich von dem wirtschaftlichen emancipirt hat“. Das war deutlich gesprochen! Unter dem „wirtschaftlichen Bureau“ wurden gestalteten Sachen auch nur die Minister Camphausen und Delbück verstanden werden, und da liegt die Schlussfolgerung auf Dr. Fall nahe genug.

Nochmals betheuerte sodann Dr. Windthorst: „Die Centrumsfraction treibt keine Opposition quand même und à outrance; wo es sich handelt um Thron, Vaterland und die vitalsten Interessen der Nation, werden wir die Regierung stets unterstützen. Für Freund und Feind erkläre ich: wir sind heute, was wir gestern waren, und werden morgen sein, was wir heute sind.“ Diese letztere Versicherung: daß das Centrum und er selbst „heute seien, was sie gestern waren“, strafte Abg. Windthorst aber wieder Lügen, indem er sich nicht bloß mit der Aufhebung der Matricularbeiträge, sondern auch mit dem viel weitergehenden Plane des Reichskanzlers: Verwandlung der directen Steuern in indirecte, einverstanden erklärte, während fast genau jetzt vor Jahresfrist, in der Sitzung vom 17. Mai 1878, der Abg. Windthorst gegen Aufhebung der Matricularbeiträge sich noch ziemlich spröde verhielt, auch das Centrum im ganzen sich dieser Maßregel immer sehr abgeneigt gezeigt hat, weil es darin eine Stärkung des Reiches und Schwächung des Particularismus sah. Noch vor wenigen Tagen sprach der Parteigenosse des Abg. Windthorst, Abg. Reichenperger, sich in dieser Frage mit einer auffallenden Zurückhaltung aus, und nun erklärt Abg. Windthorst glatt und klar: die Matricularbeiträge geben wir preis, auch noch mehr, wenn es sein muß — denn letzteres ist eine selbstverständliche Folge, wenn, wie Windthorst will, die directen Steuern in indirecte verwandelt werden sollen.

Damit gibt aber offenbar der Abg. Windthorst die Gegenstellung, die er bisher zum Kanzler einnahm, auf ihrer ganzen Front, sowohl als Centrum — wie als Wessensführer, auf. Denn es ist ja kein Zweifel, daß die vom Fürsten Bismarck geplante Verwandlung der Abhängigkeit des Reiches von den Einzelstaaten (mittels der Matricularbeiträge) in eine Hülfleistung des Reiches für diese letztern (mittels der an sie abfließenden Ueberschüsse), eine gewaltige Stärkung der Reichseinheit und eine entsprechende Schwächung aller particularistischen und sonstigen reißerischen Elemente zur Folge haben muß. Und dazu will Abg. Windthorst dem Reichskanzler helfen! „Wie erklärt Ihr, Derindur, diesen Zwiespalt der Natur?“

Die Zoll- und Steuergesetze im Deutschen Reichstage.

○ Berlin, 9. Mai. Am Bundesrathstische Präsident des Reichskanzleramtes, Staatsminister Hofmann, preussischer Staats- und Finanzminister Fobrecht, Generalpostmeister Dr. Stephan, Geheimräthe Liedemann, Burghardt, bairischer Ministerialrath Mayr, Director im Reichskanzleramt Dr. Michaelis.

Präsident Dr. v. Fordenbeck eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 40 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen. Abg. Dr. Schmalz (H. Gumbinnen) ist gestorben. Die Mitglieder des Hauses ehren dessen Andenken durch Erheben von den Sitzen.

Das Haus genehmigt zunächst ohne Debatte im erster und zweiter Berathung den Entwurf eines Gesetzes über die „Vertheilung der Matricularbeiträge“ für das Etatsjahr 1879/80.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfes über die „Erwerbung der königlich preussischen Staatsdruckerei für das Reich“ und demgemäß die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Etatsjahr 1879/80.

Der Betrag des an Preußen zu zahlenden Aversums ist 3,573000 M.

Abg. Dr. Zimmermann beantragt, die Vorlage einer Commission zu überweisen, da er verschiedene Bedenken gegen einzelne Punkte derselben habe. Die Staatsindustrie solle in eine gefährliche Concurrenz zur Privatindustrie treten, und der Reichsdruckerei solle gesetzlich ausdrücklich die Berechtigung, Privataufträge auszuführen, zuerkannt werden. Auch der Etat erfordere eine eingehende commissarische Berathung.

Generalpostmeister Dr. Stephan:

Schon bei den Verhandlungen über das Gesetz vom 23. Mai 1877 wurde die Erwerbung der königlich preussischen Staatsdruckerei für das Reich als Endziel ins Auge gefaßt. Dieses Ziel zu erreichen, wurde durch das außerordentliche Entgegenkommen der preussischen Staatsregierung in jeder Weise erleichtert, so daß die Verhandlungen nun zum Abschluß gebracht sind. In den Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses vom 8. Febr. referirte Abg. Ricker über diesen Abschluß, und er sowohl als auch andere Redner erklärten ausdrücklich die Zweckmäßigkeit des Vertrages für das Reich an. Finanzielle Bedenken also liegen gegen den Entwurf nicht vor. Was nun aber den Vorwurf anlangt, daß der Privatindustrie durch diese Reichsacquisition eine gefährliche Concurrenz erwachse, so ist auch dieses Thema schon früher discutirt worden. Mit Stolz können wir auf die Entwicklung der Buchdruckerkunst in Deutschland blicken, unsere Privatindustrie ist auf diesem Gebiet auf der anerkanntesten Höhe, und die Reichsdruckerei denkt nicht daran, in eine Concurrenz mit den privaten Druckereien einzutreten; diese Besorgnisse sind völlig unbegründet. Im Gegentheil wird das Institut des Reiches den Privatofficinen zur Stütze dienen, indem man dort auf Reichskosten Versuche anstellen kann, zu denen der Einzelne die Mittel nicht hat. Ich bitte darum, den Antrag des Herrn Vorredners abzulehnen und die Vorlage auch in zweiter Berathung heute zu erledigen.

Abg. v. Benda beantragt, die §§. 1, 2, 3 und 6, welche nur diesen Uebergang bezwecken und ein völlig abgeschlossenes Ganzes bilden, in zweiter Berathung anzunehmen, die §§. 4 und 5 aber, welche den Etat feststellen, der Budgetcommission zu überweisen.

Abg. Dr. Stephani plaidirt für den Antrag Zimmermann, da er Bedenken habe, für die Entwicklung der Staatsindustrie noch mehr zu bewilligen. Das sei eine höchst beklagenswerthe schiefe Ebene, auf welcher niemand folgen dürfe.

Generalpostmeister Dr. Stephan bittet nochmals, von commissarischer Berathung abzusehen:

Die Frage, ob der Staat überhaupt Industrie zu treiben habe, sei heute nicht zu erörtern; sei eigentlich bereits entschieden, da eben fast alle Staaten ihre eigene Staatsdruckerei haben, und sei der Besitz einer solchen, abgesehen von der Herstellung von Werthgegenständen, wie Freimarke etc., auch für militärische und Marinezwecke dringend erforderlich. Ferner sei zu bedenken, daß es noch gar nicht lange her sei, daß alle Privatdruckereien infolge mobiloorganisirter Scrites lahm gelegt wurden. Das Reich und der Staat würden in solcher Zeit nothwendige Verordnungen, Erlasse etc. gar nicht publiciren können. Was die finanzielle Seite anlangt, so sei der Etat, gegen den ja auch sachliche Bedenken nicht vorgebracht seien, im wesentlichen nur eine Zusammenstellung der Etats der vormals Decker'schen und preussischen Staatsdruckerei. Dem Zwange des Termins vom 15. Mai möge man doch Rechnung tragen und nicht aus bloß calculatorischen Bedenken Schwierigkeiten bereiten.

Nachdem sich Abg. Mosle ebenfalls für den Antrag v. Benda ausgesprochen, wird zunächst der Antrag Zimmermann-Stephani auf Ueberweisung der Vorlage an eine Commission von 14 Mitgliedern mit 114 gegen 86 Stimmen, demnächst auch der Antrag v. Benda abgelehnt.

In zweiter Berathung werden demnächst die §§. 1, 2, 3 und 6 angenommen, die §§. 4 und 5 verworfen.

zsig.
erwärmer von
ermittlungs und
verkauf am
chuss.
alde.
htwärme be-
ucht, pleu-
gane, Con-
Dyspepsie.
änder in den
egung. Die
[1053-55]
zsig.
er:
erwerke.
[1071]
ne.
icolaus
Trier an
Mosel- und
Gebirgen,
fischerweine
flasche incl.
von Brabant
antirt!
[1079-80]
birge.
ost“
Markt pro
am Sec.
vorzüglichste
thümer.
hten.
Chemnitz
ng. — Dr.
mit Hrl.
a. — Dr.
Hrl. Anna
gärtel im
Mittler-
n mit Hrl.
Arnim in
or Conig
e Tochter.
Breitenau
gberwalter
— Frn.
ein Sohn.
enpain ein
er in Nie-
rath und
a Bittig
erer-Ober-
— Frau
in Dres-
mann in
reistrau v.
Jappendorf
v. Wund.
Heinrich
arie Amalie
n Bignit
n Leipzig

und dem entsprechend die Ueberschrift so geändert, daß die Worte „und die Feststellung eines Nachtrags zum Reichs-Haushaltsetat für das Etatsjahr 1879/80“ fort-fallen.

Hierauf tritt das Haus in die erste Verathung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichs-Haushaltsetat für das Etats-jahr 1879/80, durch welchen 200000 M. als Kosten der Betheiligung des Reiches an der Ausstellung in Sydney gefordert werden.

Abg. Dr. Braun:

Wir produciren heute nicht so viel, als wir consumiren, und deshalb hätte es, wenn die uns vom Regierungstische über das Verhältnis von Consumption und Production gemachten Angaben richtig wären, absolut keinen Zweck für uns, an der Ausstellung in Sydney theilzunehmen. (Weiter-keit.) Aber die Thatfachen sind stärker als die Theorien, und darum will ich der Bewilligung der Regierungsvor- lage nicht widersprechen. Dagegen muß ich der vom Aus- stellungskommissar erlassenen Bekanntmachung Unklarheit vor- werfen. Hr. Reuleaux hat es unterlassen, die Kategorien von Waaren genau zu präcisiren, die sich zur Ausstellung eignen. Denn „Erzeugnisse erster Qualität“, „Kunst- werke“ u. s. sind doch allzu sehr dehnbare Begriffe. Die In- dustriellen werden auch keine allzu große Lust haben, sich der Prüfung durch Hrn. Reuleaux zu unterwerfen. Die Regierung sollte einen Commissar ernennen, der in der In- dustrie thätig ist und den Waarenmarkt kennt, was man vom Professor Reuleaux weder erwarten noch verlangen kann. So hoch ich Hrn. Reuleaux als Professor schätze, so habe ich doch noch in gehört, daß er als Ausstellungskom- missar besonders glücklich gewesen sei. Ich berühre das nur ganz nebenbei, da wir Hrn. Reuleaux nicht in unserer Mitte haben; er war ja auf dem besten Wege dazu, hat aber auf dem Wege über Langensalza seinen Rückzug an- getreten. (Weiterkeit.) Er hat die deutsche Industrie bis- erbitirt durch sein geflügeltes Wort „Billig und schlecht“. Diese unbegründete Kritik hat die Industrie mehr geschä- digt, als alle Schutzzölle es können, wenn man sie nicht aufmuntert, sondern entmuthigt. Wenn gesprochen wird von unserer Industrie als dem Adenbrädel, wenn gesagt wird, wir seien nicht concurrenzfähig, so darf man sich doch nicht wundern, wenn uns niemand mehr etwas ablaufen will. Das Reuleaux'sche Urtheil ist ein so ungerechtfertigtes und unbilligstes, daß wirklich ein Commissar besonders ernannt werden müßte, um Hrn. Reuleaux zu controliren. (Weiterkeit.) Die Berliner Gewerbeausstellung beweist uns ja, daß das Urtheil unbegründet ist, und diese Ausstellung ist gemacht ohne Reichskommissare, ja ohne Betheiligung der preussischen Behörden. Gewiß haben, als der Vor- sitzende des Centralcomité, Hr. Kühnemann, dies mit großer Genugthuung constatirte, die meisten der Aussteller ihm zugestimmt mit dem stillen Stoßseufzer: „Gott schütze uns vor dem Schutze, vor der Concurrenz wollen wir uns selber schützen!“ (Beifall links.)

Abg. Witte-Rosdow hofft von der Besichtigung der Ausstellung in Sydney die Eröffnung neuer Export- gebiete. Auch er glaubt, daß das Reuleaux'sche Wort „Billig und schlecht“ besser unterhoben sein würde; die Regierung werde gut thun, dem wissenschaftlichen Ausstellungskommissar einen tüchtigen kaufmännischen, technischen Beirath zu geben.

Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann:

Der Hr. Abg. Braun hat meinen gestrigen Bemerkungen zu große Ehre erzeigt, wenn er sie gewissermaßen als of- fizielle Theorie hingestellt hat. Ich habe gestern nur von den Gesichtspunkten gesprochen, die aufgestellt werden müssen bei der Feststellung von Zollfragen, um den richtigen Aus- gleich zu finden zwischen den verschiedenen Interessen. Nur in diesem Zusammenhange habe ich gesagt, die heimische Production sei wichtiger als der Export; ich habe aber gleichzeitig bezüglich der Wichtigkeit des letztern ausdrücklich auf die Ausstellung in Sydney verwiesen. Was die Prü- fung der auszustellenden Gegenstände angeht, so glaube ich, wenn das Reich die Ausstellung unterstützen will, so hat es auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Ausstellungen selbst der deutschen Industrie zur Ehre gereichen, um so mehr, als ohnehin der deutschen Industrie von seiten der Regierung in Sydney nur ein mäßiger Ausstellungsraum zur Verfügung gestellt ist. Dann hat Abg. Braun die Wahl des Commissars getadelt. Das Wort „Billig und schlecht“ hat ja einen Eindruck gemacht, der den Verfasser selbst in hohem Maße überrascht haben wird. Gebraucht ist der Aus- druck von Hrn. Reuleaux in einem Feuilleton der National- Zeitung, welchem noch eine Reihe anderer feuilletonistischer Artikel folgte. Ich glaube nicht, daß Hr. Reuleaux damals daran gedacht hat, mit diesem Worte ein endgültiges Ur- theil über die Leistungen der deutschen Industrie im ganzen zu fällen; er wollte nur die Art charakterisiren, wie ein- zelne Theile der deutschen Industrie in Philadelphia ver- treten waren. Der Ausdruck ist gar nicht unbedingt ge- braucht. Hr. Reuleaux erkennt daneben an, daß einzelne Zweige der Industrie gut und tüchtig arbeiten. Wenn nun dieser selbe Mann auch als Commissar für die neue Aus- stellung designirt ist, so beweist dies das Vertrauen der Re- gierung auch auf die deutsche Industrie. Die Industriellen, die etwas auszustellen haben, was unserer Industrie zur Ehre gereicht, werden die Prüfung durch einen so com- petenten, wenn auch scharfen Kritiker nicht fürchten. Durch die Wahl dieses Mannes hat die Regierung bewiesen, daß in Deutschland ein offenes, freies Urtheil ertragen werden kann, und ein Land, wo das geschieht, ist eher zu beneiden als zu bedauern. Ich bitte, die geforderte Summe zu be- willigen, und hoffe, daß deren Verwendung unserer In- dustrie zum Vortheil gereichen wird. (Beifall.)

Abg. Dr. Reichensperger-Krefeld:

Ich hatte an dem Reuleaux'schen Urtheil nur auszu- setzen, daß es nicht lautete: Theuer und schlecht! Denn alles, was schlecht ist, ist theuer, mindestens zu theuer. Daß aber der Ausdruck einen solchen Anschlag auch im Inlande fand, zeigt doch, daß er sich mit Recht fast auf unsere ganze Production anwenden ließ. Ich billige den Satz der Regierungsmotive, daß die bisher mit Weltaus- stellungen gemachten Erfahrungen es zweifelhaft erscheinen lassen, ob ihr Nutzen zu den gemachten Aufwendungen im

Verhältnisse steht; die Gegengründe zur Entkräftung dieses Zweifels scheinen mir aber durchaus unzureichend. Durch die geringe Einwohnerzahl Australiens werden diese Zweifel noch bestärkt. Ich erinnere daran, daß vor Jahren Dr. Delbrück vom Bundesrathetische aus hervorhob, daß mit seiner Zustimmung eine Weltausstellung in Berlin niemals zu Stande kommen würde (Hört, hört!), daß man sich auch infolge der damaligen Erwägungen von Paris fern ge- halten hat. Nun hat es doch einen curious Beigeschmack, wenn man jetzt nach einem so weit entlegenen Orte wie Sydney gehen will, während man Paris aus dem Wege ging. Die sanguinischen Hoffnungen auf die wohlthätigen Wirkungen der Weltausstellungen sind im Laufe der Zeit sehr herabgemindert worden. Auf der internationalen Aus- stellung concurrirt alles mit dem Besten, dadurch wird keine Concurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte hervorgerufen, da handelt es sich nicht um einzelne Probststücke, sondern um das Durchschnittsfabrikat. Auch das gerühmte Lernen von den Ausstellungen ist von ganz untergeordneter Bedeutung, die Arbeiter kamen nicht unterrichtet zurück, als sie hin- gegangen waren. Unserer Industrie muß im eigenen Lande aufgeholfen werden durch Gründung von Meisterschulen und durch gründlichen Unterricht der Arbeiter in den Werk- stätten; außerdem müßten statt der falschen Gewichtzölle die Werthzölle bei der Einfuhr maßgebend sein. Sind wir nicht nach Paris gegangen, so sollen wir um so weniger nach Sydney gehen!

Abg. Löwe-Berlin:

Der Eindruck des Ausspruchs des Hrn. Reuleaux hat allerdings im ganzen mehr geschadet als genügt, aber un- sere Betheiligung an der Ausstellung von 1876 geschah überstürzt und unüberlegt, jedoch die besten, leistungsfähig- sten Firmen sich von vornherein fern hielten; auf die Mittelmäßigkeit, die sich dort breit machte, paßte der Aus- spruch nur zu sehr. Daß wir aber nicht nach Paris ge- gangen sind, ist zu unserm Schaden gewesen, dort müßten wir die empfangene Scharte ausweichen. Uebrigens wird bei der Prüfung nicht nur auf Probststücke gesehen, das wird jeder vernünftige Industrielle absolut verwerfen, und auch der ernannte Reichskommissar Reuleaux, der, wie ich hier constatire, nicht bloß ein tüchtiger Professor, sondern auch ein tüchtiger Techniker ist, schlägt einen richtigen Weg ein, mit Hilfe der einzelnen Handelskammern die Zuver- lässigkeit und Leistungsfähigkeit der Aussteller zu prüfen. Unserer Exportindustrie muß der auswärtige Markt offen bleiben; denn verschließt uns England seinen Markt und seine Colonien, so können wir mit den schönsten Ergre- nissen ruhig zu Hause bleiben und Tausende von Arbeitern würden brotlos! (Sehr richtig! links.) Wie übrigens ge- stern Hr. Noske internationale Handelsbeziehungen fast für ein Verbrechen erklären konnte, ist mir bis heute noch nicht verständlich geworden! (Zustimmung.) Zum Schluß spricht Redner der Reichsregierung seinen Dank für die Vorlage aus und bittet um einstimmige Annahme.

Die erste Verathung wird geschlossen, in der zwei- ten bemerkt Abg. Schröder-Pippstadt:

Ich hatte schon 1875 vorausgesagt, daß die deutsche Betheiligung an der Weltausstellung von Philadelphia schlecht ausfallen werde. Das ist richtig eingetroffen und darf man den sehr richtigen Ausspruch des Hrn. Reuleaux nicht als unbedeutend darstellen. Das Wort hat jedenfalls auch gute Wirkungen gethan; die Berliner Gewerbeausstellung, wenn sie etwas leistet, hat sich jedenfalls dieses Urtheil zu Herzen genommen. Wenn ich also einen Aufschwung unserer In- dustrie anerkenne, so bin ich der Ansicht, daß er wesentlich infolge des kalten Wasserstrahls erfolgt ist, der sich 1876 von Philadelphia her auf die Vertrauenslosigkeit unserer Industriellen ergoß. Ich werde heute für die Bewilligung stimmen.

Abg. Sonnemann:

Die Zweifel des Abg. Reichensperger an dem Nutzen der Weltausstellungen sind um so unbedeutender, als sich die Abendung von 20 Arbeitern unter Führung eines sachver- ständigen Architekten aus der leider von uns nicht besuchte pariser Ausstellung als ungemein segensreich für die Ent- wicklung der Industrie erwiesen hat; dieselben sind nicht bloß in die Ausstellungsräume, sondern auch in die Werk- stätten geführt worden und haben die schönsten Früchte ihrer Studien geerntet. Mit Schutzzöllen kann man wol Baum- wolle und Eisen unterstützen; das Kunstgewerbe kann man aber unmöglich durch solche Mittel fördern. Unsere alten geschätzten Schnitzer, Kunstgießer u. s. würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie erführen, auf welche Weise man ihnen jetzt von Staats wegen helfen will. Zum Schluß empfiehlt der Redner als Commissar den Herrn Minister v. Steinhilber in Württemberg, welcher Empfehlung auch Abg. Dr. Braun-Slogau sich anschließt.

Abg. v. Müller-Weilheim:

Keine Industrie wurde durch den Ausspruch Reuleaux' mehr bestärkt als die mlanchener. Dort ist das eheliche wahrhaft kunstbeständige Streben vertreten und gerade unsere Kunsthandwerker glauben, das harte Urtheil nicht verdient zu haben. Aber Hr. Reuleaux urtheilte nur nach dem, was ihm vorlag, und außerdem steht fest, daß ein hartes Urtheil dem ersten Streben niemals schadet; diejenige, die durch ein so hartes Urtheil niedergeschmettert werden, sind nicht die echten Pioniere der Entwicklung ihrer Kunstindustrie. (Bravo!) Unsere mittliche Lage liegt nicht in unserer man- gelhaften Production; wir produciren im Gegentheil alles ebenso gut und schön, wie es anderwärts geschieht, aber wir können es nicht verkaufen. Frankreich und England setzen die Erzeugnisse ihrer Kunstindustrie in Tausenden von Exem- plaren ab, während der deutsche Meister kaum 1-2 Stück abzusetzen im Stande ist, weil unser Volk nicht so reich ist wie Frankreich und England. Darum sollten wir auch eifrig darauf bedacht sein, unserer Industrie neue Absatz- gebiete zu eröffnen, und auch unsere Zollgesetzgebung sollte dieses hochwichtige Ziel immer im Auge behalten! (Leb- hafter Beifall.)

Hierauf wird die Vorlage mit sehr großer Majorität genehmigt.

Die erste Verathung des neuen Zolltarifs wird darauf fortgesetzt.

Bevollmächtigter zum Bundesrath königlich säch- sischer Wirkl. Geheimrath v. Rositz-Wallwitz:

Es wird ja in der zweiten Lesung sich Gelegenheit bie- ten, die Detailfragen und die gegen die Vorlage vorge- brachten Argumente eingehend zu würdigen; ich möchte

aber doch schon an dieser Stelle einzelnes nicht unbeant- wortet lassen, was den Regierungen der Mittelstaaten zum Vorwurfe gemacht ist. Der Abg. Bamberger hat es dem Bundesrath zum Vorwurfe gemacht, er habe den Planen des Herrn Reichskanzlers gegenüber einen Mangel an Selbstständigkeit bewiesen. Ich weiß nicht, ob ich es nöthig habe, auf diesen Vorwurf heute noch zu antworten, nach- dem der Briefwechsel des Herrn Reichskanzlers und des Hrn. v. Thünen veröffentlicht worden ist. (Weiterkeit.) Ein solcher Vorwurf würde nur dann begründet sein, wenn die verbündeten Regierungen den Vorschlägen des Reichs- kanzlers und der Tariffcommission durchweg gefolgt wären. Wenn Hr. Bamberger den Regierungen ferner darans einen Vorwurf machen will, daß sie bei der Feststellung der Tarifvorlage ein beschleunigtes Verfahren eingeschlagen ha- ben, so wäre es ja allerdings erwünscht gewesen, mehr Zeit dazu zu haben. Ich will auch nicht bestreiten, daß die eine oder andere Regierung dies oder jenes anders gewünscht haben mag, wie ich denn auch glaube, daß die eine oder andere Regierung sich ihre besonderen Vorbehalte machen dürfte in Bezug auf die allgemeinen Ziele, die Kaiser Wi- marck neulich hier ausführlich entwickelt hat. Aber darin sind die Regierungen doch mit dem Reichskanzler einver- standen, eine Zollpolitik nach der in Angriff genommenen Richtung hin durchzuführen.

Dann hat der Abg. Richter den Regierungen, speciell denen der Mittelstaaten, den schändlichen Vorwurf gemacht, daß sie für Geld ihre Rechte aufgaben — (Lärm links. Auf- unparlamentarisch!) Ja, wenn der Vorwurf parlamentarisch war, dann ist der Ausdruck schände auch parlamentarisch — namentlich wenn sie, die Mittelstaaten, für die Verrückung der Matricularbeiträge eintraten. Der Vorwurf ist doch sehr schwach begründet; die Reichsverfassung sagt, daß, so weit die Ausgaben nicht durch eigene Einnahmen gedeckt sind, sie durch Matricularumlagen von den Bundesstaaten aufgebracht werden müssen. Daraus folgt, daß, wenn die Ausgaben bewilligt sind und die eigenen Einnahmen fest- stehen, unweigerlich die Pflicht besteht, die Beiträge einzubringen, und dann hat die Reichs-Finanzverwaltung einem ganz unbedingten Anspruch an die Kassen der einzelnen Staaten. Sobald Ausgaben und Einnahmen bestimm- frist sind, ist die Einsetzung der Matricularbeiträge in den Etat unweigerlich geboten. Nun hat freilich der Abg. v. Bennigsen neulich ausgesprochen, daß gerade durch das dem Reichstage zusehende Recht der Festsetzung der Matricular- beiträge es dem Reichstage gelungen sei, die Matricular- beiträge wesentlich herabzusetzen. Dagegen bemerke ich, daß dies zum großen Theile dem Umstande zu verdanken ist, daß vorhandene Gelder ausgegibt werden konnten, theils sind auch Ausgaben, statt durch laufende Mittel, durch An- leihen gedeckt worden. Es scheint also ein Irrthum zu sein, da die Abstriche gemacht sind nicht durch das Recht des Reichstages, die Matricularbeiträge festzusetzen, sondern durch das Recht des Reichstages, Ausgaben abzusetzen. (Sehr richtig!)

Ich habe im allgemeinen den Eindruck, als ob die be- sondere Betonung der Nachstellung einigermaßen beruht auf der Ansicht, daß zwischen dem Reiche und den einzelnen Staaten, zwischen den Regierungen und den Regierten ein unauflösbarer Gegensatz bestände. Ich bin völlig anderer An- sichts: was finanziell dem Reiche frommt, das frommt im Schlußeffect auch den Einzelstaaten. Ebenso wenig kann ich zugeben, daß die deutschen Finanzen und die von ihnen er- wählten Rathgeber andere Interessen verfolgen können als die erwählten Vertreter des Volkes in diesem Saale. (Leb- hafter Zustimmung.) Daß über die Art, wie das Reichs- wohl gefördert werden kann, verschiedene Ansichten bestehen und bestehen werden, das beruht in menschlichen Verhält- nissen. Der Abg. Windthorst hat gestern sein Bedauern ausgesprochen, daß die Finanzminister der größeren Staaten nicht der Generaldebatte beiwohnen, um Auskunft geben zu können über ihre Finanzen. Zu seiner Erbauung will ich bemerken, daß die von ihm gewünschte Auskunft mit Dar- legung des Gesamtmaterials dort gegeben werden wird, wo es allein möglich ist: in der Commission. Im übrigen aber will mir scheinen, als ob die Herren Finanzminister, wenn sie der Generaldebatte beiwohnt hätten, nicht viel Neues gehört haben würden (Bewegung), und es ist nicht jedermanns Sache, sich unangenehme Dinge sagen und sich schände behandeln zu lassen. (Unruhe links.)

Präsident Dr. v. Forderkub:

Ich muß dem Herrn Redner be- merken, daß der Ausdruck „schände“, angewandt auf eine frühere Rede eines Abge- ordneten, nur nicht parlamentarisch erscheint. Hat ein Reichstagsmitglied sich früher vergessen, so wäre es sofort geboten gewesen, die Disciplinargewalt des Präsidenten an- zuzerufen.

Bevollmächtigter zum Bundesrath königlich säch- sischer Wirkl. Geheimrath v. Rositz-Wallwitz:

Ich glaube, daß es nicht Sache der Bundesbevollmäch- tigten ist, den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam zu machen, wenn ein Abgeordneter seiner Ansicht nach einen Angriff gegen die von ihm vertretene Regierung richtet, der ihm parlamentarisch unzulässig erscheint. (Zustimmung rechts.)

Abg. Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode:

Es handelt sich für mich nicht um allgemeine Theorien, sondern darum, daß wir einen möglichst guten Tarif be- kommen. Ich werde mich daher gegen die Ausführungen des Abg. v. Rathhahn nicht wenden, um so weniger, als ich bestimmt hoffe, daß er schließlich doch mit uns stimmen wird. Und ich bin so sehr Realpolitiker, daß mir die Ab- stimmung in dritter Lesung viel wichtiger erscheint als alle vorher gehaltenen Reden. Der Abg. Richter ist schon so genügend widerlegt, daß ich darauf verzichten kann, und was die vielen Petitionen gegen die Vorlage betrifft, so gehen sie meist von Vertretern von Industrien aus, die be- reits durch die bisherige Gesetzgebung genügen geschützt sind. Der Abg. v. Bennigsen hat gemeint, viele hätten sich von uns für Abschaffung der Eisenzölle gestimmt, weil sie sich der Tragweite dieses Schrittes nicht ganz bewußt waren. Nein! Wir stimmten dafür, weil wir billiges Eisen für die Landwirtschaft für nöthig hielten und mit diesem Vorschlage der Freihändler einen Versuch machen wollten über den Werth ihrer Theorien. Wir beabsich- tigten, wenn sich dieser Versuch nicht bewährte, wieder zu dem alten System zurückzukehren. So kam damals die Coalition liberaler Freihändler und Agrarier zu Stande, und ich halte eine Coalition zwischen Industrie und Land-

Wirtschaft nicht... Es ist gege... den, was weni... Arbeiter esse j... noch weniger e... der Arbeiter te... Das bewegt m... der nationalen... haben. Was den... die kräftige, M... bei einem M... Armen. Ich... Ideal einer Ge... es sei völlig j... monatlich 1... auf den Arbei... nur für Leute... haben. Für d... er täglich, ob... hat, oder ob... Summe von... indirecten Bes... nung und... gegen die Ag... daß unser, j... gang in das... Namen Dr. F... genau erkund... Agrariern ni... hat. Dr. Ban... der Liberalen... schätliche, kei... rischen Beweg... leicht mit un... wicklungsstadi... einer mir eben... die Grundbesi... der Freihänd... als Krantkei... Wenn die St... dann ist der... schwächer ist... Systems der... übrigen ist a... Schugzöllyste... und Antipath... tandes haben... doch Dr. Ban... allem Korban... wird es ihm... sichten zu ge... Den Abg... da der Steno... vorliegt. In... werthe, da... v. Bennigsen... findet, und... Reiches eine... sogenannten... davon, daß b... recht erhalten... wenn zur Be... das dieses F... sprach: „Die... Recht gehabt... kein geintes... sein keine g... lassen Sie n... vorzugsweise... Abg. R... Der Abg... Hoffnung au... international... Gegen beram... mentation m... verachte ich... dem Abg. W... Abg. Windth... zung gen... trennen sind... Garantien e... nebenbei in... nun auch b... treffs der g... zeichnet, und... ist, ob sie... teume nur... rath Burghe... zur Förderung... hervorgehob... von Plunde... für Schwäb... ein paar U... welche im U... zu seinen A... Der Dr... spondenz fü... haben zu... weisen auch... zahlreichen... gestellt sind... thätige Krä... befragt. Die... für und... welcher der... sowie in b... viel mäßig... und Baaren... und Beckm... diese Waare... Füllsacke v... schweren B... zum Zolltar... Bemängelun... seitens des... können mich... weiter bara... Anschauung

Tommensteuer aussprach. Ja, gewiß, aber unter der Voraussetzung, daß die bairische Grundsteuer völlig aufgehoben werde. (Hört! rechts.) Bezüglich des Salzes wurde uns vorgeworfen, daß wir nur das finanzielle, nicht das forstliche Interesse im Auge hätten. Aber dieser Vorwurf ist unrichtig, da wir nicht das Brenn-, sondern nur das Bau- und Rugholz besteuern. Es kann übrigens auch aus der Gesamtsumme des Holzgeschäftes kein Schluß gezogen werden, da trotzdem das Resultat des einzelnen Wirtschaftsbetriebes ein miserables sein kann. Dr. Richter hat gemeint, es werde nach Annahme des Tarifs keine Ruhe, sondern noch mehr Beunruhigung in dem wirtschaftlichen Verkehr eintreten, besonders wenn der Bauer am Ende des Jahres sehen werde, daß er alle nöthigsten Lebensbedürfnisse theurer bezahlen müsse. Ich möchte doch bitten, solche Bemerkungen mit mehr Vorsicht zu machen. Wir sind bemüht, den Interessen der Mehrheit gerecht zu werden, und wenn denen genügt ist, kann wir nicht nur diese Mehrheit, sondern auch die Minderheit gewinnen, den nationalen Bedürfnissen wird in Landwirtschaft und Industrie Rechnung getragen sein, und dann wird auch sicherlich die erwünschte Ruhe eintreten.

Bundesbevollmächtigter Wirkl. Geheimrath v. Rostk-Walltow:

Ich muß zwei Mißverständnisse berichtigen. Ich habe über die Generaldebatte nicht sagen wollen, ich persönlich hätte nichts daraus lernen können. Ich kann, was mich persönlich anlangt, das Gegentheil behaupten. Etwas anderes aber ist es, wenn man einen Minister, der zu Hause sein vollgerichtetes Maß Arbeit hat, nöthigen will, längere Zeit in Berlin Aufenthalt zu nehmen, seine Arbeiten liegen zu lassen zu einer Zeit, wo doch sachliche Beschlüsse nicht zu erwarten stehen. Zweitens habe ich die vom Herrn Präsidenten als unparlamentarisch bezeichnete Aeußerung nicht gethan, um Herrn Richter zu beleidigen, ich wollte sagen, daß Abg. Richter seinem Vorwurfe eine solche Form gegeben hat, die geeignet erschiene, die Regierung in der öffentlichen Meinung herabzusetzen.

Darauf wird die erste Berathung des Zolltarifs geschlossen.

Präsident Dr. v. Fordenbeck dankt dem sächsischen Bevollmächtigten zum Bundesrathe Minister v. Rostk-Walltow für die soeben abgegebene Erklärung und erkennt an, daß derselben gegenüber seine (des Präsidenten) vorhin gebrauchten Worte ihre Bedeutung verlieren.

Es folgt eine lange Reihe persönlicher Bemerkungen.

Abg. Moske:

Der Abg. Richter hat sich heute noch zwei Richtungen mit mir beschäftigt. In Bezug auf die von ihm getabelte Tonart meiner gestrigen Rede habe ich zu bemerken, daß dieselbe sehr stark inszenirt war von der Lebensart, welche er entwickelt hat, und dem lauten Gespräch, welches er in geradezu tendenziöser Weise mit dem Abg. Lasker führte. (Abg. Lasker ruft: Ich bin ja gar nicht hier gewesen!) Nun, meine Tonart ist noch heute davon inszenirt. (Große Heiterkeit.) Der Abg. Richter hat ferner gesagt, ich hätte verächtlich von dem nationalen Sinne der Beschlüsse gesprochen. Es ist das vollständig unwahr und eine von den Verdrehungen und Entstellungen...

Präsident Dr. v. Fordenbeck:

Ich rufe den Redner wegen der Ausdrücke „Verdrehungen und Entstellungen“ hiermit zur Ordnung! (Abg. Moske verbengt sich und verläßt die Tribüne.)

Abg. Dr. Bamberger:

Graf Stolberg hat mir mit Unrecht die Absicht untergeschoben, das zwischen seinen Gesinnungsgenossen und dem Reichskanzler neu geknüpfte Band zerreißen zu wollen, wenigstens Mißbilligungen unter ihnen hervorzurufen. Dazu bin ich wol kaum im Stande und es fällt mir deshalb auch gar nicht ein. Auf die so beliebte Manier, die politischen Ansichten eines Mannes als durch seine Lebensstellung und durch seine persönlichen Interessen bedingt hinzustellen, halte ich eine ernsthafte Antwort nicht für nöthig.

Abg. Richter bemerkt dem einen der Herren Regierungskommissare, daß er die Springe als einen ihm passirten Lapsus preisgebe (große Heiterkeit), alles andere von ihm Gesagte aber aufrecht erhalte.

Abg. Dr. Lasker:

Ich darf Herrn Moske versichern, daß ich während des größten Theils seiner Rede nicht aus tendenziösen Gründen, sondern aus einfacher Ermüdung außerhalb des Saales gewesen bin, um mich zu erholen, und daß ich nicht Kraft genug habe, von draußen her so laut zu sprechen, um seine Rede zu führen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Moske:

Ich wiederhole, daß ich die Stimme des Herrn Lasker verschiedentlich in meinen Ohren habe erschallen hören; das laute Gespräch muß auch tendenziös gewesen sein, denn als ich die Tribüne betrat, sagte mir Dr. Richter: „Sie haben ja gar nicht das Wort, Graf Stolberg ist dran!“ (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Magdzinski constatirt, daß es ihm durch den Schluß der Debatte unmöglich gemacht ist, die Stellung der Polen zum Zolltarif darzulegen.

Es wird nun zur Abstimmung über die geschäftliche Behandlung der Zolltarifvorlage geschritten. Nach Ablehnung eines Amendements Richter und nach Zurückziehung des Antrages der Abg. v. Wenda, v. Bennigsen und Dr. Lasker, welcher eine Trennung der schutzpolitischen und finanzpolitischen Positionen des Tarifs bezweckte, wird der vom Abg. Dr. Löwe-Voschum eingebrachte, von der Freien volkswirtschaftlichen Vereinigung unterstützte Antrag mit bedeutender Majorität angenommen:

Aus der Vorlage: Entwurf eines Gesetzes betreffend den Zolltarif des deutschen Zollgebietes, einer Commission von 28 Mitgliedern zur Vorberatung zu überweisen: die §§. 1-5 des Gesetzesentwurfes mit Einleitung und Ueberschrift, und aus dem Tarif: die Positionen Nr. 2, 3, 5, 10, 11, 17-22, 25, 27, 29, 30, 35, 38, 40-43; dagegen

die übrigen Positionen des Tarifs ohne commissarische Vorberatungen im Plenum zu behandeln.

Von der Deutschen Reichspartei haben gegen den Antrag gestimmt: die Abg. Fürst Carolath, v. Unruh-Doms, Becker-Reidenburg und Steller-Rönnigsberg.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. Tagesordnung: 1) Dritte Berathung der drei heute in zweiter Berathung angenommenen kleineren Gesetzesentwürfe; erste Berathung des Brausteuergesetzes und Tabaksteuergesetzes.

Deutsches Reich.

Aus Berlin vom 9. Mai berichtet der Deutsche Reichs-Anzeiger: „Se. Maj. der Kaiser und Königin sind heute Vormittag von Wiesbaden hierher zurückgekehrt.“

— Aus Rissingen vom 6. Mai wird der Elberfelder Zeitung geschrieben: „Die Trinkcur, welche der Kronprinz begonnen, nimmt einen guten Fortgang. Der hohe Curgast erscheint jeden Morgen im Curgarten, um den Katozcy an der Quelle zu trinken, wobei im Curgarten promenirt wird. Auch die Umgegend besucht der Kronprinz, und zwar meist zu Fuß, so jüngst das entlegene Euerdorf und die Klosterneue Aua. Am verflorenen Sonntag wohnte der Kronprinz dem Gottesdienste in der protestantischen Kirche bei und besichtigte den Friedhof mit seinen zahlreichen Denkmälern. Gestern bemerkte der hohe Herr im Curgarten einen reichdecorirten bairischen Veteranen, dessen Brust unter anderm auch das Eisene Kreuz zierte. Der Kronprinz winkte ihn zu sich heran, erkundigte sich näher nach seinen Verhältnissen (der Betreffende war seinerzeit Sergeant in einem Infanterieregiment, ist aus Mittelstreu gebürtig und in Burgsinn verheirathet) und sicherte ihm eine Stellung im preussischen Dienste zu, zu welchem Zwecke er sich dessen Namen aufschreiben ließ. Dem Braven, der sich in Frankreich bei Erstürmung einer Batterie besonders ausgezeichnet, wurde sodann ein Geldgeschenk von 10 M. überreicht.“

— Die Neue Preussische Zeitung berichtet: „Dem Vernehmen nach ist in Bezug auf den Organisationsentwurf für die Reichsländer schon Beschluß gefaßt. Die Ernennung des Feldmarschalls Frhrn. v. Manteuffel zum Statthalter gilt als sicher. Der Generalfeldmarschall wird, wie zu vermuthen steht, seine neue Stellung bereits vor dem Besuche Sr. Maj. des Kaisers in den Reichsländern antreten.“

× Berlin, 9. Mai. Dem Berliner Tageblatt schreibt man: „Im Reichskanzleramt sind gestern die stimmführenden Mitglieder des Bundesrathes zu einer Besprechung zusammengetreten, welche die sofortige Inkrastsetzung der Textil- und Eisenzölle gewesen sein soll.“ Gestern hat keine solche Besprechung stattgefunden. Es kann also wol nur die Besprechung vom 7. Mai gemeint sein.

— Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus Berlin vom 8. Mai: „Eine ziemlich beträchtliche Anzahl unbedingter Anhänger des Reichskanzlers wird für höhere Getreidezölle eintreten.“ Und ferner: „Es ist heute in Reichstagskreisen mit starker Betonung davon die Rede gewesen, daß von dem Ausfall des Beschlusses über Getreide- und Holzölle möglicherweise die Entscheidung über eine Auflösung des Reichstages abhängig werden möchte.“ Dieses letztere Gerücht dürfte wol mit großer Vorsicht aufzunehmen sein.

— Der Bundesrathsausschuß für die Ausarbeitung eines Gesetzes zur Regelung des Gültertarifwesens auf den deutschen Bahnen hielt am 9. Mai im Reichskanzleramt seine erste Sitzung.

— Der Gesetzesentwurf betreffend die provisorische Einführung von Aenderungen des Zolltarifs, der sogenannte Sperrgesetzentwurf, lautet:

§. 1. Eingangszölle von bis dahin zollfreien Gegenständen und Erhöhungen bestehender Zölle, wegen deren Einführung dem Reichstage ein Gesetzesentwurf zur Beschlußfassung vorgelegt ist, können mit Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages durch Anordnung des Reichskanzlers vorläufig in Hebung gesetzt werden.

§. 2. Der Antrag auf Ertheilung der nach §. 1 erforderlichen Zustimmung des Reichstages bedarf nur einmaliger Berathung und Abstimmung. Der Reichstag kann nach absoluter Stimmenmehrheit beschließen, daß die Berathung und Abstimmung an demselben Tage stattfinden soll, an welchem der Antrag schriftlich eingebracht ist.

§. 3. Die Anordnung des Reichskanzlers (§. 1) ist in das Reichsgesetzblatt aufzunehmen und tritt, falls sie nicht einen anderweiten Zeitpunkt bestimmt, sofort in Kraft. Die Anordnung erlischt mit dem Ablaufe des Tages, an welchem das betreffende zur Beschlußfassung des Reichstages im Entwurf vorliegende (§. 1) Gesetz in Kraft tritt oder durch Reichstagsbeschluß abgelehnt oder zurückgezogen wird, spätestens aber mit dem 15. Tage nach Schließung der Reichstagesession, während deren die Anordnung des Reichskanzlers erlassen ist.

§. 4. Nach dem Erlöschen der Anordnung des Reichskanzlers (§. 3) sind unverzüglich diejenigen Zollbeträge, welche auf Grund derselben von bis dahin gesetzlich zollfreien Gegenständen oder über den bis dahin gesetzlich zollfrei hinaus entrichtet oder zu Lasten des Zollschuldners angeschrieben sind, zu erlassen, beziehentlich wieder abzuschreiben, insoweit diese Beträge Gegenstände betreffen, welche nach der zur Zeit des Erlöschens der Anordnung

geltenden Zollgesetzgebung zollfrei sind, oder insoweit sie nach höhern Zollätzen berechnet sind, als die zur Zeit des Erlöschens der Anordnung bestehende Zollgesetzgebung festsetzt.

§. 5. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft. Motive sind dem Entwurfe nicht beigegeben worden; die Begründung der Vorlage soll, wie wir hören, bei der mündlichen Berathung des Bundesrathes erfolgen.

— In der Denkschrift des Deutschen Landwirthschafts Rathes, womit er seine Petition an den Reichstag begleitet, heißt es:

Angesichts aller dieser Zollsätze fragt der Landwirth als Hauptconsument jener vertheuerten Artikel mit Recht, welchen Ertrag für die Mehrausgabe ihm denn die Reichsregierung nach dem Princip der gerechten Ausgleichung in dem neuen Zolltarif geboten habe? Wir finden in demselben, wie gesagt, folgende landwirthschaftliche „Rohproducte“ für denselben: Wolle, Flach (als Concurrerzproduct Jute), außerdem auch noch Häute und Felle zollfrei, während doch ein anderes Rohproduct der Industrie, „Rohisen“, einen Schutz Zoll von 20 Proc. seines Werthes erhalten hat. Wenn das Princip, daß der „Schutz der nationalen Arbeit“ durch die Zollpolitik sich in den Zollpositionen ausdrücken soll, als ein richtiges Princip anrecht erhalten werden sollte, so müßten Flach und Wolle, Häute und Felle einen höhern Eingangszoll als Rohisen erhalten. Denn, abgesehen davon, daß die Gewinnung — wenigstens der beiden erstgenannten Rohmaterialien — nicht nur wie diejenige des Rohisens von dem Calcul des Unternehmers abhängt, sondern auch von der Witterung, dem Gesundheitszustande des Viehs; nicht nur, daß der Landmann die Leinfaat wie die Saat aller Gewächse ausstreut und die großen Arbeitslostenlagen trägt auf das Ungewisse hin, daß die Witterung seine Arbeit segnen werde, so ist zur Erzeugung jener landwirthschaftlichen Producte ein höheres Maß von Arbeit, Zinsen, Steuern und Erzeugungskosten überhaupt notwendig als zur Erzeugung des Rohisens. Allerdings bietet der neue Tarif dem Landwirth als Ausgleich eine Reihe von Eingangszöllen, die aber nicht, wie bei jenen Industrie-fabrikaten, den Charakter und die Höhe von Schutzzöllen, sondern, mit vereinzelten Ausnahmen, von „Eingangszöllen“ tragen, welche die betreffenden Producte „im Preise fühlbar zu erhöhen nicht geeignet sind.“

— Dem Reichstage ist eine Denkschrift über die Lage der deutschen Rhederei und den Zolltarif unterbreitet worden, unterzeichnet von dem Vorstande des Nautischen Vereins und 17 Zweigvereinen sowie 20 Magistraten und 27 Handelskammern und kaufmännischen Corporationen großer und kleiner Seehandelsplätze. Die Denkschrift geht davon aus, daß die Lage der deutschen Rhederei allerdings eine höchst schwierige, stellt aber entschieden in Abrede, daß unserer bisherigen Handelspolitik die Schuld hierfür beizumessen sei. Sie schließt mit der Bitte:

Der Reichstag wolle die in dem Gesetzesentwurfe vom 4. Mai vorgeschlagenen neuen oder erhöhten Schutzzölle, insbesondere aber die Zollbelastung wichtiger Massenartikel, wie Holz, Getreide, Eisen, ablehnen, aber auch jedem Versuche, durch Flaggengebeid, Zollauschlüsse auf den indirecten Import und ähnliche Maßregeln der deutschen Schifffahrt und Rhederei wider ihren Willen vermeintlich zu Hülfe zu kommen, die verfassungsmäßige Zustimmung versagen.

— Der soeben erschienene, vom Abg. Dr. Baumgarten erstattete Bericht der Petitionscommission über die Petitionen gegen das Civilstandsgesetz weist Petitionen mit zusammen ungefähr 30000 Unterschriften auf; sie kommen aus den preussischen Provinzen Sachsen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Westfalen. Es wird glaubwürdig erzählt, daß 500 Gutsbesitzer sich verbündet haben, um das Civilstandsgesetz vom 6. Febr. 1875 zu stürzen. Als erste Wirkung dieses Bündnisses stellen sich diese Petitionen dar. Die Hauptpetition ist eingereicht vom Grafen v. Hagen auf Wöckern, und der erste Vogen derselben zeigt die Namen von 29 Geistlichen und einer Anzahl adeliger Gutsbesitzer. Das Hauptcontingent zu den 30000 Unterschriften stellen die Bauern, denen meistentheils der Pastor vorangeht, oder der Pastor macht den Schluß.

— Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurde verboten der Arbeiterfortbildungsverein in Gelsenau.

Preußen. Die Volks-Zeitung berichtet aus Berlin vom 7. Mai: „Unter der Anklage eines Vergehens gegen das Socialistengesetz, begangen durch Sammlungen zum Zwecke der Unterstützung der Angehörigen ausgewiesener Socialisten, standen heute die Arbeiter Mitschel und Filigki vor der siebenten Criminaldeputation des Stadtgerichts. Beide hatten im December 1878 eine Geldsammlung unter Bekannten veranstaltet, um den Ertrag derselben für die Weihnachtsbescherung der Kinder der ausgewiesenen Socialdemokraten zu verwenden. Sie bekamen aber nur 9 M. 30 Pf. zusammen. Die Staatsanwaltschaft erblidit in diesem Verfahren einen Verstoß gegen das Socialistengesetz, indem einerseits jede zum Zwecke der Unterstützung der Familien ausgewiesener veranfaltete Sammlung eine indirecte Unterstützung der Ausgewiesenen selbst sei und andererseits durch solche Sammlungen das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Socialdemokraten von neuem erweckt werde, solche Sammlungen aber ein Hinderniß seien, durch welches das Zusammenhalten der socialistischen Partei gekräftigt werde. Deshalb sei auch das Schuldig über beide Angeklagten auszusprechen, und es erscheine eine Haftstrafe von acht Tagen

angemessen. Freiwilliche, weite Zwecke einfließen nicht gef...

Eine Art deutschen Gen... Reichsgebanten... bildet der ge... Gegeben und... beziehentlich... melde darübe... Rieger av... daß er ihn in... einbarung der... Dr. Herbst zu... reffens beselb... Loasle's Präsi... Zweck, eine B... nach nur info... nen Aufruf zu... vor, Conser... geschlicher Se... Rieger accept... den in der d... deutschseits... Schmeffel und... Unter der... den Reichsra... Linie die Er... Prag sein.

— Jene 11... den Berliner... „Program... „Presse“ gl... einer neuen... lichten Entw... Blatt: Dem Prog... Schweife des... arbeitet wurde... hält viel und... Situation, nich... sanften Curven... hem die Liga... zu nehmen de... Viel gün... bildung die... auf Seiten de...

Die It... vom 7. Mai... das Bedürfnis... zu spielen, a... sich auf dem... die Erinnerung... aufzurufen, ohne daß m... legte dieser... „Demokratis... Ich bin li... welche von a... folgen. Die... wach ihre St...barer Vorles... ich mich an e... hülfle. Aber... Action vorge... durch Volksve... für das allge... Albano, 2...

— Der im... Brief, den... geführten, de... Wortlaut: Es sind h... Marxala gefü... die Erinnerung... Die Eintracht... und die Freiz... Italien mit... gestirten Wid... Victor Eman... das seiner S... Spiel setze;... wachsen in de... Emanuel und... gewissenhafte... Savour bis... volle Freiheit... italienischen... heiten sind, z... alte Bewund... Liebe für It... auf: Wieder... was Sie ihn... vereinigt uns... uneinigen lö... Größe Itali... Pacts, des P... Beller Itali... Dies der W... heldungs der... wählten Sie... inmitten der... und erstarkt... aller Natione... Das ist...

angemessen. Der Gerichtshof erkannte jedoch auf Freisprechung, weil in dem von den Angeklagten verfolgten Zwecke eine Förderung socialdemokratischer Interessen nicht gefunden werden könne."

Oesterreich-Ungarn.

Eine Art von Seitenstück zu der Annäherung der deutschen Centrumpartei (die ja auch bisher für dem Reichsgebanten feindlich galt) an den Reichskanzler bildet der gemachte Ausöhnungsversuch zwischen den Czechen und der deutschen Verfassungspartei, beziehentlich der Regierung. Die prager "Politik" meldet darüber Folgendes:

Krieger assistirte in der Festwoche den Grafen Taaffe, das er ihn in seinem Palais aufsuchen werde. Nach Vereinbarung der Zeit der Unterredung lud Graf Taaffe den Dr. Herbst zum Besuche bei sich ein, behufs Zusammenfassens des Präsidialbureau zuvorkommend, aber der eigentliche Zweck, eine Verständigung zwischen beiden herbeizuführen, wurde nur insoweit erreicht, als Herbst erklärte, er habe keinen Auftrag zu bestimmten Zusagen. Herbst schlug hierauf eine Konferenz abzuhalten, welchen von deutscher wie von czechischer Seite je drei Parteimänner beizuwohnen sollen. Krieger acceptirte diesen Vorschlag. Die Konferenzen werden in der Woche nach Pfingsten abgehalten werden; deutschseits werden an denselben theilnehmen: Herbst, Schmeytal und Barcuter.

Unter den von den Czechen für ihren Eintritt in den Reichsrath gestellten Bedingungen soll in erster Linie die Errichtung einer czechischen Universität in Prag sein.

— Eine 112 Abgeordneten, welche seinerzeit gegen den Berliner Vertrag stimmten, wollen jetzt mit einem "Programm" vor ihre Wähler treten, das, wie die "Presse" glaubt, als die Grundlage für die Bildung einer neuen Partei dienen soll. Ueber den veröffentlichen Entwurf eines solchen urtheilt das gleiche Blatt:

Dem Programmwursche sieht man es an, daß er im Schwelge des Angeichts seitens des leitenden Comité erarbeitet wurde. Der Entwurf ist lang und breit und enthält viel und vieles; aber er kennzeichnet doch die wirkliche Situation nicht in erschöpfender Weise und windet sich in sonsten Curven den parlamentarischen Berg hinan, auf welchem die Liga der Hundertzwölf ihre zukünftige Stellung zu nehmen beabsichtigt.

Ziel günstiger äußert sich über die neue Parteidombildung die Neue Freie Presse, die ja seinerzeit ganz auf seiten der Hundertzwölf stand.

Italien.

Die Italiensische Correspondenz schreibt aus Rom vom 7. Mai: „Der alte Garibaldi, der plötzlich das Bedürfnis fühlte, noch einmal eine politische Rolle zu spielen, gebekt Caprera endgültig zu verlassen und sich auf dem Festlande ein Domicil zu suchen. Um die Erinnerung an seinen Namen immer aufs neue aufzufrischen, schreibt er einen Brief nach dem andern, ohne daß man recht einseht, zu welchem Zwecke. Der letzte dieser Briefe ist an die Executivcommission der „Demokratischen Liga“ gerichtet und lautet:

Ich bin über die zahlreichen Beitrittserklärungen erfreut, welche von allen Seiten zu der Demokratischen Liga erfolgen. Die heftige Opposition der gemäßigten Blätter beweist ihre Stärke und ihre Bedeutung. Wegen unmittelbarer Vorkehrungen zur Aufbesserung des Volkes wandte ich mich an einige Freunde in der Kammer um ihre Beihilfe. Aber die Liga muß als Vorhut und mit eigener Action vorgehen. Legen wir sofort durch die Presse und durch Volksversammlungen Hand an die legale Agitation für das allgemeine Stimmrecht.

Albano, 2. Mai. G. Garibaldi. — Der im telegraphischen Auszuge bereits mitgetheilte Brief, den Garibaldi von seinem alten Waffengefährten, dem General Furr, erhalten, hat folgenden Wortlaut:

Es sind heute 19 Jahre, daß Sie uns von Genua nach Marsala geführt haben. Sie forderten eben von uns auf, die Erinnerungen an ehemalige Uneinigkeit zu vergeffen. Die Eintracht allein, sagten Sie, werde uns die Einheit und die Freiheit geben. Ihr Heldengedanke war: „Ein einziges Italien mit Victor Emanuel!“ Erinnern Sie sich des begeisterten Widerhallen, den Ihr Ruf in ganz Italien fand: Victor Emanuel, dieser lokale König, der sein Leben und das seiner Söhne für die Unabhängigkeit Italiens auf das Spiel setzte; König Humbert, geboren, erzogen und aufgewachsen in den Kämpfen für die italienische Einheit. Victor Emanuel und seine Söhne haben die Verfassung auf das gewissenhafteste beobachtet. Die italienischen Minister, von Cavour bis auf Ricotera und Zanardelli, haben alle die volle Freiheit der Action gehabt, um den Zweck der großen italienischen Patrioten, von denen Sie eine der Berühmtheiten sind, zu erreichen. Welche alte Ergebenheit, meine alte Bewunderung, meine alte erprobte Freundschaft, meine Liebe für Ihren Ruhm drängen mich die inständige Bitte auf: Wiederholen Sie den Ungebildigen, den Unklugen, was Sie ihnen im Jahre 1860 gesagt: „Victor Emanuel vereinigt uns; versuchen wir nichts anderes, das uns veruneinigen könnte!“ Ihr ganzes Leben war der Einheit, der Größe Italiens geweiht. Verhindern Sie den Bruch des Pacto, des Plebiscits, welches das Haus Savoyen und die Völker Italiens zu einem einzigen Pfeilbündel vereint! Dies der Wunsch, den ich Ihnen zur 19. Jahresfeier des Heldzugs der Tausend, deren Stern Sie gewesen, darbringe. Möchten Sie lange genug leben, um zu sehen, wie Italien inmitten der Eintracht des Königs und der Nation wächst und erstarkt und wie es sich der Freundschaft und Achtung aller Nationen erfreut.

Das ist ein verständiger und patriotischer Brief;

möchte Garibaldi so viel gefunden Sinn haben, diesem verständigen Rathgeber zu folgen!

Frankreich.

* Paris, 8. Mai. Die République française, in diesem Falle gewiß eine unverdächtige Zeugin, staunt über die Unabständigkeit, welche die öffentliche Meinung und Presse von Rußland jetzt gegen das Deutsche Reich und den Leiter seiner Politik an den Tag legen. Das Organ Gambetta's sagt:

Was hätten denn die unternehmungslustigen und scharfsichtigen Diplomaten von Petersburg vollbracht, wenn sie nicht durch die Regide des gewaltigen Berliner Herrn und Meisters geschützt gewesen wären? Was hätten sie durchgesetzt, wenn der Kanzler ihre Ansprüche nicht mit seinem bewährten Wohlwollen unterstützt hätte? Dieses schlagende Patronat hat schon lange vor der Conferenz von Konstantinopel begonnen, und die Russen wissen das, wie sie sich jetzt auch verstellen mögen, recht gut. Wer hat ihnen denn die Localisirung des Krieges gesichert? Wer hat einen Kreis um die beiden alten Gegner geschlossen und dem Sieger erlaubt, bis an die Thore von Stambul vorzurücken, ein Drittel der Türkei zu annektiren und ein zweites Drittel mit einem Federzuge zu veräußern? Darauf haben sich aber die Wohlthaten des Kanzlers noch nicht beschränkt; es folgte der Berliner Congress, und hier erreichte die preussische Großmuth erst ihren Gipfel. Dr. v. Bismarck war der Schiedsrichter; er hatte die Hände voll Gutes, aber auch voll Stürme; die Gelegenheit war günstig, das Jünglein auf die Seite des Abendlandes zu neigen und dem Zaren als einzigen Lohn nur den Ruhm seiner Siege zu lassen. Der Präsident des Congresses that nichts dergleichen; seine Gefälligkeit war auch hier unerschöpflich. Allerdings gehörten die Länderereien, die man unter sich theilte, nicht ihm, und mit fremdem Gute kann man leicht freigebig sein; aber der Reichskanzler hätte sich widersetzen können, daß dieses Gut überhaupt seinen Herrn wechselte. Er hätte sich damit tödlichen Haß für die Zukunft zugezogen; aber er konnte den Ausbruch desselben so fern rücken, daß ihm alle Zeit geblieben wäre, sich für den Kampf vorzubereiten. Er wollte jedoch nichts halb thun, sondern hat alles gehalten, was man nur von ihm erwarten konnte. Allein die Dankbarkeit ist bei den Völkern ebenso ungewiß wie bei den Individuen. Es ist wahr, daß Dienste dieser Art unzählbar sind. Darum ohne Zweifel entwickeln die Schützlinge des Reichskanzlers eine so heftige Abneigung, sie anzuerkennen.

Dr. John Lemoine bringt heute im Journal des Débats anstößige Proben aus einem in Frankreich sehr stark verbreiteten Katechismus bei, der schon seine 40. Auflage erlebt hat und nicht nur für die Kirche, sondern auch für die Schullehrerprüfungen auf dem Stadthause angenommen ist, aus dem „Abrégé du Catechisme de persévérance“ von Mgr. Gaume, apostolischen Procurator zc. Darin heißt es z. B.: Wer war Luther? Luther war ein deutscher Augustinermönch, welcher seine drei Gelübde brach, von der Kirche abfiel, eine Nonne heirathete und gegen die katholische Kirche declamirte; nachdem er ein schmähliches Leben geführt, starb er an den Folgen eines Mahles, bei welchem er sich seiner Gewohnheit nach mit Wein und Fleisch vollgestopft hatte. Wer war Calvin? Calvin war ein Geisteslicher von Noyon, aber er war niemals ein Priester. Er nahm die Irrthümer Luther's an und that seine eigenen noch hinzu, ließ sich in Genf nieder, brachte dort Michael Servet auf den Scheiterhaufen und starb selbst an einer anstehenden Krankheit.

„So drückt man sich“, sagt John Lemoine, „über gefesselt anerkannte Religionen in einem Katechismus aus, der nicht nur von der Kirche gelehrt und von mehreren Bischöfen approbirt, sondern auch für die Prüfungen auf dem Stadthause angenommen ist, für die Prüfungen von jungen Mädchen, darunter mehr als eins selbst dem in dieser Weise behandelten Vorkenntnisse angehört und sich für den weltlichen Unterricht bestimmt. Sollte nicht, von der Gleichberechtigung aller Religionen ganz abgesehen, das elementarste Anstands- und Schamgefühl die Einführung solcher Unsauberkeiten in den Unterricht der Jugend verbieten?“

Großbritannien.

Neuern Nachrichten zufolge haben die Franzosen die bisher als englisches Besitzthum betrachtete Insel Matacong an der afrikanischen Westküste mit gegen 100 Mann weißen Soldaten besetzt, und sie sollen 200 Arbeiter bei dem Bau einer Kaserne beschäftigen. Es scheint also nicht, als ob die Besetzung nur die Folge eines Irrthums sei, sondern als ob die Regierung wirklich beabsichtige, die Insel bleibend zu behalten. Großen Werth wird die Insel am Ende nicht haben, doch will dieses eigenmächtige Vorgehen hierzulande durchaus nicht gefallen.

Niederlande.

Die niederländische Presse schlägt großen Lärm, wegen einer angeblich von England beabsichtigten Anlegung von Colonien auf den Sundainseln, sowie eines ähnlichen Planes, den man der deutschen Reichsregierung zuschreibt. In letzterer Beziehung können unsere Nachbarn im Nordwesten sich beruhigen.

Rußland.

Die National-Zeitung berichtet: „In Odessa wurde in der Nacht vom 1. bis 2. Mai an der Stode des Hauses Nr. 43 auf dem Großen Boulevard plötzlich so stark gezogen, daß der Glockendraht entzweiriß. Der Hausmeister eilte hinaus, doch kaum hatte er das Thor geöffnet, als er einen wuchtigen

Hadenhieb aufs Gesicht bekam und zusammenschrumpfte. Am Morgen fand man die Leiche des Hausmeisters förmlich in Stücke zerhauen. Neben der Leiche lag ein Brief an den General Tolleben und ein Zettel folgenden Inhalts: „So werdet ihr Bestien alle enden. Dafür wird sorgen das Executivcomité.“

Türkei.

Wie man aus Wien meldet, ist General Obrutschew in Philippopol eingetroffen und hat die Proclamation des Zaren verkündigt. Kaiser Alexander erklärt in derselben, daß er fest entschlossen sei, den Berliner Vertrag aufrecht zu erhalten, und seinen Truppen befohlen habe, die Räumung der Provinz zu beginnen. Der Zar hofft, daß die Bulgaren seine Erwartungen rechtfertigen und keinen Anlaß geben werden, sie zu beschuldigen, den Frieden und die Ruhe compromittirt zu haben, welche für ihr und ihrer Brüder und des Fürstenthums Wohl unentbehrlich seien. Er erwähnt die ihnen gewährtesten Civilrechte, die erhaltene Autonomie, die zum Haupte ihrer Administration erhaltenen Religionsgenossen und schließt mit den Worten: ihr Glück liege nunmehr in ihren Händen. Er könne die Absichten derjenigen nicht billigen, welche, durch die ihnen durch den Berliner Vertrag geschaffene Situation nicht befriedigt, auf Umwegen mit Gewaltmitteln Ziele erreichen möchten, welche mit den Beschlüssen der Mächte nicht übereinstimmen. Deren Ausführung wäre ohne den Willen und die Bewilligung der Mächte ein unüberlegter Act, welcher nur neue Leiden über das Land bringen könnte. Die Bulgaren möchten, ohne Furcht für ihre Zukunft, in Frieden die Rechte genießen, welche ihnen für ihr neues Heim gegeben wurden. General Obrutschew erklärte weiter (nach Verlesung der Proclamation), daß der Sultan die Besetzung des Balkan nicht für eine militärische Nothwendigkeit erachte, daß es aber von der Weisheit der Bulgaren abhängen werde, zu verhindern, daß eine solche zu einer politischen Nothwendigkeit werde. Ueber die Frage betreffend die eventuelle Besetzung von Ichtiman und Burgas durch türkische Truppen wird nach der Politischen Correspondenz noch zwischen den Cabineten verhandelt; indeß glaubt man, daß die Pforte im Interesse einer unge störten Vermittelung des Ueberganges von der russischen Occupation zur Constituirung des autonomen Gouvernements in Ostrumelien zeitweilig von dem ihr zustehenden vertragmäßigen Besetzungsrechte abzusehen geneigt sein dürfte. Auf die Unionspartei soll die Proclamation, wie der Politischen Correspondenz gemeldet wird, einen „deprimirenden Eindruck“ gemacht haben. Man hoffe jedoch, daß sie sich den Mahnworten des Zaren fügen und vorerst Ruhe halten werde. Damit stimmt freilich die gleichzeitige Meldung nicht überein, daß in ganz Bulgarien neue Versammlungen zur Wiederbelebung des macedonischen Aufstandes veranstaltet werden.

Königreich Sachsen.

* Leipzig, 10. Mai. Als eine recht schöne Frucht der Kunstgewerbeausstellung schon vor ihrer Eröffnung haben wir den wahrhaft künstlerisch angeführten Katalog der von der hiesigen Firma Georg Wigand zu liefernden Ausstellungsgegenstände zu begrüßen. Er führt den Titel: „Kunstgewerbeausstellung zu Leipzig vom 15. Mai bis 30. Sept. 1879. Ausgestellte Werke der Verlagsbuchhandlung von Georg Wigand in Leipzig. Begründet 1829 in Kaschau i. U.“

— Als eine Gabe zur diesjährigen Buchhändlermesse erschienen soeben die dritte umgearbeitete und vermehrte Auflage von „Die Herstellung von Druckwerken. Praktische Winke für Autoren und Buchhändler von Carl B. Lora“ (Leipzig, J. J. Weber). Der Verfasser, ein bekannter und langjähriger Praktiker als Verleger und Buchdrucker, hat seine Absicht, allen mit dem Druckgewerbe Verkehrenden ein Hilfsmittel zu leichtem Verständniß der damit zusammenhängenden technischen Fragen zu bieten, in ganz trefflicher Weise erreicht. Das Werk bildet einen werthvollen Rathgeber für Buchhändler und Schriftsteller und alle die es werden wollen, indem es eine Fülle von Kenntnissen zu verbreiten im Stande ist, welche sonst nur mühsam zu erlangen sind, deren Besitz aber im praktischen Verkehre von großer Bedeutung ist und manches sonst wol zu zahlende Lehrgeld erspart. Die Verlagsbuchhandlung hat der äußeren Ausstattung des Werkes besondere Sorgfalt gewidmet; indem sie aber deutsche oder Fracturschrift zum Druck verwenden ließ, hat sie sich eigenthümlicher Weise in directen Gegensatz zu dem Verfasser des verdienstvollen Werkes gesetzt, da dieser in technischen Kreisen schon längst als eifriger Beförderer für lateinische oder Antiquaschrift bekannt ist. So ist dieses Werk ein neuer Beweis, wie schwierig oder unmöglich es ist, in der vielfach aufgeworfenen Schriftfrage eine gemeinsame Anschauung herbeizuführen.

— In Sachen des Fürsten Cantacuzens erklärt im Leipziger Tageblatt Medicinalrath Dr. Günz in Thonberg, der in der Anstalt Thonberg verpflegte Dr. Matthias Fürst Cantacuzens sei bereits im März 1871 verstorben. Es war also eine Personverwechslung.

— Am 6. Mai deponirte Amtshauptmann v. Hansen im Gerichtsamt zu Kirchberg 10000 M. als Ergebnis der Sammlung für die mittellose hinterlassene Familie des erkrankten Waldwärters Perchner in Hartmannsdorf.

— Eine „Petition“ chemischer Alkali- und Sodafabrikanten, betreffend den neuen Polltaxif, spricht sich zwar für letztern im ganzen aus, wünscht aber bei den Garnen und sonst einige Modifikationen.

Manchester, 9. Mai. (Carne.) 12er Water Armitage 7 1/2, 12er Water Taylor 7 1/2, 20er Water Nicholls 9 1/2, 30er Water Bidlow 9 1/2, 30er Water Clayton 10 1/2, 36er Water Rayoll 9 1/2, 40er Water Wilfinsen 10 1/2, 36er Water Qualität Rowland 10, 40er Water Double Weston 10, 60er Water Weston 14, Printers 1 1/2, 2 1/2, 3 1/2, 4 1/2, 5 1/2, 6 1/2, 7 1/2, 8 1/2, 9 1/2, 10 1/2, 11 1/2, 12 1/2, 13 1/2, 14 1/2, 15 1/2, 16 1/2, 17 1/2, 18 1/2, 19 1/2, 20 1/2, 21 1/2, 22 1/2, 23 1/2, 24 1/2, 25 1/2, 26 1/2, 27 1/2, 28 1/2, 29 1/2, 30 1/2, 31 1/2, 32 1/2, 33 1/2, 34 1/2, 35 1/2, 36 1/2, 37 1/2, 38 1/2, 39 1/2, 40 1/2, 41 1/2, 42 1/2, 43 1/2, 44 1/2, 45 1/2, 46 1/2, 47 1/2, 48 1/2, 49 1/2, 50 1/2, 51 1/2, 52 1/2, 53 1/2, 54 1/2, 55 1/2, 56 1/2, 57 1/2, 58 1/2, 59 1/2, 60 1/2, 61 1/2, 62 1/2, 63 1/2, 64 1/2, 65 1/2, 66 1/2, 67 1/2, 68 1/2, 69 1/2, 70 1/2, 71 1/2, 72 1/2, 73 1/2, 74 1/2, 75 1/2, 76 1/2, 77 1/2, 78 1/2, 79 1/2, 80 1/2, 81 1/2, 82 1/2, 83 1/2, 84 1/2, 85 1/2, 86 1/2, 87 1/2, 88 1/2, 89 1/2, 90 1/2, 91 1/2, 92 1/2, 93 1/2, 94 1/2, 95 1/2, 96 1/2, 97 1/2, 98 1/2, 99 1/2, 100 1/2.

81,57 1/2, Sproc. Rente 79,37 1/2, 1872er Anleihe 113,60, Ital. Sproc. Rente 78,72 1/2, Def. Goldr. 67 1/2, Ung. Goldr. 1877er Ruffen 88 1/2, Franz. 575,—, Lomb. 165,—, do. Prior. 261,—, 1865er Tärken 11,40, 1869er 68,—, Tärkenlose 43,—.

*** New York, 9. Mai abends.** Wechsel auf London in Gold 4,86 1/2, Wechsel auf Paris 5,14 1/2, Sproc. 520er Bonds 103 1/2, 1877er Bonds 102 1/2, Eriebahn 28.

Leipziger Productenbörse vom 10. Mai mittags 1 Uhr. Bitterung: Trübe. Weizen per 1000 Ko. netto loco 200—207 M. bez., geringer 170—180 M. bez. u. Br.; steigend. Roggen per 1000 Ko. netto loco 144—150 M. bez., fremder 130—136 M. bez.; höher. Gerste per 1000 Ko. netto loco 140—170 M. bez., geringe 115—125 M. bez. Hafer per 1000 Ko. netto loco hiesiger 142 M. bez., fremder 126—136 M. bez. Mais per 1000 Ko. netto loco ungarischer 124 M. bez. Raps per 1000 Ko. netto loco —. Rapstuchen per 100 Ko. netto loco —. Rübsöl per 100 Ko. netto loco 57,75 M. bez., per Mai-Juni 58 M. Br., per September-October 60 M. Br.; fester. Spiritus per 10000 Liter Proc. ohne Faß loco 53 M. W.; fest.

*** Leipzig, 10. Mai.** Die heutige Börse bildete gewissermaßen die gerahmte Fortsetzung des gestrigen Verkehrs. Gleichwie gestern so zeigte auch heute die Tendenz auf den verschiedenen Effectengebieten zur Festigkeit; freilich beobachtete die Börse auch heute wieder eine abwartende Haltung und zeigte nur für einige Papiere ein bemerkenswertes Interesse. Für Rechnung des Privatpublicums fanden größere Anläufe in festen, zinsentragenden Papieren statt. Die Kurse haben im großen und ganzen keine wesentlichen Veränderungen erfahren.

Von den heimischen Staatspapieren waren Deutsche Reichsanleihe ziemlich belebt; in Sproc. Sachsen entwickelte sich mäßiges Geschäft. Von ausländischen Fonds wurden Silber- und Goldrenten gehandelt.

In Bahnen war wenig Geschäft; Realisationslust war überwiegend, ohne daß dieselbe aber auf die Kurse einen eigentlichen Druck ausübte. Potsdamer gingen zum alten Kurse um; Buschtiebrader B sehr beliebt, Köln-Mindener steigend. Thüringer und Schweidnitzer fest.

Von den Stammprioritäten waren Weimar-Gera wiederum gesucht. Kottbus-Großenhainer behauptet. Bankactien still, aber fest. Leipziger Credit preisbehaltend und belebt; Kassenverein besser, ebenso Leipziger Disconto und Oberlausitzer; Leipziger Bank und Sächsische Bank wurden zu letztem Kurse gern genommen. Darmstädter offerirt.

Industriactien geschäftlos. Deutsche Werkzeug wurden etwas höher genommen. Kammgarn fortgesetzt gesucht, Niedersehlema beliebt.

Prioritäten fest und ziemlich belebt. Prag Duxer sehr beliebt und steigend; Buschtiebrader gingen in großen Summen um.

gegen den Berliner Vertrag stimmten, wurde ein von Dr. Herbst ausgearbeitetes Programm einstimmig von bloc angenommen und beschlossen, das gedachte Programm allen zur Versammlung der Hundertzwölf gehörigen Abgeordneten zur Unterschrift vorzulegen, sodann zu veröffentlichen und den verfassungstreuen Clubs zur Kenntnisaufnahme mitzutheilen.

*** Wien, 9. Mai.** Die Politische Correspondenz läßt sich aus Konstantinopel melden, durch den englischen Botschafter Layard sei der Pforte mitgetheilt worden, daß der zum englischen Generalconsul für Kleinasien ernannte Oberst Wilson demnächst einen vom Londoner Kriegsdepartement ausgewählten Stab erhalten werde, der denselben bei seinen verschiedenen Organisationsarbeiten unterstützen solle.

*** London, 10. Mai.** Dem Standard wird aus Lahore vom 9. Mai berichtet: „Jatub-Khan nahm sämtliche Friedensbedingungen, bestehend in der Verschiebung der Kandahargrenze bis Rojalamram inclusive des Rojalpasses und des Pishinthal, Abtretung des Kurumthales bis Schaturgardan, des Kheiberpasses bis Loargi an. Major Cavagnari kehrt mit dem Emir nach Kabul als britischer Gesandter zurück. England ist berechtigt, Agenten in Kandahar anzustellen.“

*** London, 9. Mai abends.** Unterhaus: Danbury richtet die Anfrage an die Regierung, ob für die vollständige Räumung Ostrumeliens durch die russischen Truppen ein bestimmtes Datum vereinbart sei. Unterstaatssekretär Bourke antwortet, die Räumung werde sich so schnell, als die Umstände es gestatten, vollziehen. Auf eine weitere Frage Mont's erklärt Bourke, England habe bezüglich der griechischen Frage in eine Mediation durch Vermittelung der Botschafter der Mächte in Konstantinopel gewilligt; was die Interpellation darüber, ob die Botschafter einzeln oder collectio vermitteln sollten, anbelange, so müsse er verlangen, daß dieselbe vorher angemeldet werde. Endlich antwortete Bourke auf eine Anfrage Forster's, Frankreich habe eine sechsmonatliche Verlängerung des Handelsvertrages angeregt und England habe sich damit einverstanden erklärt.

Im Oberhause erklärte Lord Salisbury auf eine Anfrage Lord Carnarvon's, die Convention von Tschifoo sei noch nicht ratificirt, es seien noch weitere Unterhandlungen mit den auswärtigen Mächten und auch mit China wegen der Pekingölle nothwendig. Eine Mission zur Erforschung von Tibet sei wegen der unruhigen Zustände in den benachbarten Districten nicht abgeordnet worden.

Neueste telegraphische Depeschen.

*** Wien, 9. Mai abends.** In einer heute stattgehabten Versammlung der 112 Abgeordneten, welche

Ankündigungen.

Das Soolbad Sulza

ist von Anfang Mai d. J. eröffnet. Auskunft über die Mineralquellen, Currichtungen, Wohnungsverhältnisse ertheilen die Badeärzte Dr. Sauer und Dr. Schenk. Die Badedirection. [1024-33]

Bessische Ludwigs-Eisenbahn-Gesellschaft.

Verloosung von Prioritäts-Obligationen. Bei den heute stattgehabten Verloosungen der 4% Prioritäts-Obligationen der Anleihen von 1863 und 1865 wurden zur Rückzahlung am 1. Juli l. J. gezogen:

A. Vom Prioritäts-Anleihen von 1863.

Nr. 1.	250.	319.	1157.	1201.	1246.	1335.	1567.	1602.	1872.	1948.	1963.
	2350.	2431.	2662.	3183.	3231.	3286.	3397.	3406.	3591.	3767.	3911.
	3927.	3963.	4025.	4365.	4374.	4437.	4602.	4606.	4691.	4799.	4861.
	5007.	5166.	5303.	5367.	5812.	5952.	5982.	6099.	6339.	6392.	6491.
	6593.	6753.	7624.	7800.	8098.	8278.	8328.	8682.	8982	à fl. 350.	

B. Vom Prioritäts-Anleihen von 1865.

Nr. 9179.	9402.	10083.	10316.	10470.	10689.	10793.	11036.	11078.	11518.
11553.	11969.	12044.	12112.	12403.	12494.	12742.	12787.	12893.	12958.
12973.	13026.	13116.	13193.	13205.	13312.	13598.	13777.	13818.	14263.

à fl. 350.

Die Auszahlung dieser Obligationen erfolgt in Mainz bei der Effectenverwaltung resp. Hauptcasse der Gesellschaft, in Leipzig bei den Herren Meyer & Co.

Restanten.

Vom Prioritäts-Anleihen von 1863.

Verloost 1875:	Nr. 3890	à fl. 350.
" 1876:	Nr. 7552	à fl. 350.
" 1877:	Nr. 483.	3421 à fl. 350.
" 1878:	Nr. 1067.	3790. 7184. 7520 à fl. 350.

Vom Prioritäts-Anleihen von 1865.

Verloost 1876:	Nr. 10042	à fl. 350.
" 1877:	Nr. 10356	à fl. 350.
" 1878:	Nr. 9951	à fl. 350.

[1084-86]

Mainz, den 3. Mai 1879. Der Verwaltungsrath.

(Brief.) Copenbrügge b. Hameln (Dannover), 27. August 1876. Herrn J. J. F. Popp!

Mit dem Heutigen bin ich so frei, Ihnen über den Verlauf meiner Krankheit zu benachrichtigen; ich befinde mich, Gott sei Dank, seit dieser verlaufenen Woche ganz bedeutend wohler, werde jetzt von Tag zu Tag stärker, indem mir das Essen besser schmeckt und besser bekommt. Der Magenkrämpfe sind in dieser Woche wie ver-
 Stuhl ist regelmäßig und die Schwunden. Ich sage Ihnen für ihre bis jetzt geleistete Hilfe meinen besten Dank.
 Mit Hochachtung G. Wode, Delonon.
 Weiterer Atteste aus allen Provinzen, sowie alles Nähere sendet Ihnen Leidenben franco und gratis J. J. F. Popp, Specialist für Magen- und Darmkatarrh, Heide (Poststein). [316-18]

Unentbehrlich für Bankiers, Kaufleute etc.

Die im Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig erschienene
zweite Auflage von
Noback's Münz-, Maass- und Gewichtsbuch
 ist durch einen Nachtrag bis auf die Gegenwart fortgeführt. [1090]
 Preis des Werks geh. 18 M., geb. 20 M., des Nachtrages apart 1 M. 20 Pf.

Auf die am 14. und 15. Mai in Berlin (Viehmarkt, Brunnenstraße — Ackerstraße) stattfindende
V. Mastvieh-Ausstellung,
 welche in 806 Nummern mit 1059 Thieren besetzt wird, machen wir hierdurch aufmerksam.
Das Ausstellungs-Comité. [1083]

BAD LIEBENSTEIN in Thüringen.
Wasserheilanstalt v. Sanitätsrath Dr. Hesse (vorm. Martiny)
 eröffnet. — Kalte und warme Bäder, Electrotherapie, billige Wohnung in Anstalt und Villa. [1015-16]

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Sonntag, 11. Mai. Siegfried. Zweiter Tag aus der Trilogie „Der Ring des Nibelungen“, von Richard Wagner. (127. Abonnements-Vorstellung.) — Montag, 12. Mai. Götterdämmerung. Dritter Tag aus der Trilogie „Der Ring des Nibelungen“, von Richard Wagner. (128. Abonnements-Vorstellung.)
Altes Theater. Sonntag, 11. Mai. Wallenstein-Trilogie! 2 Uhr Nachmittags. Der Trilogie I. und II. Theil: Wallenstein's Lager. Die Piccolomini. 7 Uhr Abends. Der Trilogie III. Theil. Wallenstein's Tod. Wallenstein — Herr Ludwig Barnay.

Bekanntmachung.

Bei der heutigen 115. Verlosung (der dritten im 29. Vereinsjahre) der vom Verein der Kunstfreunde aus Del Vecchio's Kunst-Ausstellung in Leipzig angekauften Kunstgegenstände gewonnen:

Actie Nr.	Lotto	Bezeichnung	Kaufpreis
161.	1912.	Der Wallensee bei Wessau, Delgemälde von J. Scheyerer in München.	180.
"	"	Kühe am Wasser, Delgemälde von E. G. Hoffmann in Dresden.	90.
"	1761.	Im Walde, Delgemälde von L. Faustner jun. in München.	150.
"	313.	Partie von Rotterdam, Aquarelle von A. Kobbod in Rotterdam.	45.
"	1868.	Herbstlandschaft, Delgemälde von Ph. Herrmann in München.	360.
"	976.	Landschaft mit Abendbeleuchtung, Delgemälde von E. Rosen in Hannover.	100.
"	215.	Kapuziner, Aquarelle von R. Berner in Rom.	190.
"	1745.	Partie bei Baden-Baden, Delgemälde von B. Puhanny in Baden-Baden.	80.
"	239.	Strasse in Traben an der Mosel, Delgemälde von Rudolf Cronau in Leipzig.	112.
"	769.	Festtagsruhe, Delgemälde von L. von Meerfeldt in München.	450.

Summa der Verkäufe Mark 1757

Die Gewinne (sämmlich in Rahmen) sind vom 20. dieses Monats an gegen Rückgabe der betreffenden Coupons in der Kunsthandlung des Herrn Pietro Del Vecchio in Empfang zu nehmen, und liegt sodann der Rechnungsabschluss über die jetzige, sowie über die früheren Verlosungen bei dem Cassellan der permanenten Kunst-Ausstellung zur Einsicht der Beteiligten bereit.
Die nächste Verlosung (die vierte im 29. Vereinsjahre) findet am 25. Sept. dieses Jahres statt.
Leipzig, den 9. Mai 1879.

Adv. Moritz Hentschel, requir. Notar.

Au Petit St-Thomas

Um den zahlreichen Anforderungen unserer verehrten ausländischen Kunden zu entsprechen, liessen wir soeben eine neue Auflage unseres **Moden-Albums** erscheinen, die wir zur Verfügung der geehrten Clienten halten, welche solche empfangen möchten.

PARIS
DADIO
RUE DU BAC
TATTO
PARIS

Wichtige Notiz!!

Wir erlauben uns auf's Neue in Erinnerung zu bringen, dass alle unsere Sendungen, welche den Betrag von Mark 20. oder Öfl. 12.— übersteigen, porto und zollfrei nach ganz Deutschland und Oesterreich-Ungarn gegen einen Preiszuschlag von 5 resp. 10 o/o bis zum Bestimmungsorte, effectuirt werden.

Au Petit St-Thomas

Station Nenndorf, Hannover-Altenbeckener Bahn. **Königl. Bad Nenndorf**. Station Haste, Hannoversche Staatsbahn.

am Deister in der preuss. Grafschaft Schaumburg (Reg. Bez. Cassel), altberühmtes **Schwefel- und Sool-Bad**.

Schwefelbrunnen zur Trinkkur. Schwefel-, Sool-, Schlamm-, Moor-, Gas-, Dampf-, Douche-Bäder, Inhalations-Salons. Ziegenmilch-Electricität. — Post-Telegraph. Apotheke. — Saison: 15. Mai bis 15. September.

Angezeigt bei: Gicht, Rheumatismus, manchen Lähmungen u. Knochenleiden, Neuralgien, chron. Hautkrankheiten, Syphilis — speciell der Lunge — Metall(Quecksilber)-Vergiftungen, chron. Catarrhen, Hämorrhoiden und Unterleibs-Plethora, Scrophulosis, vielen Frauenleiden.

Aerztliche Auskunft: Königl. Brunnenärzte Herren Sanitäts-Rath Dr. Neussel, Stabsarzt a. D. Dr. Ewe und pract. Arzt Dr. Varenhorst.
[857-59] **Königl. Preuss. Brunnen-Direction.**

ASTHMA und CATARRHE
Bestes Linderungs-mittel.
Cigarettes Espic
Pro Schachtel 1.70
Depôt in allen Apotheken.

Die **Annoncen-Expedition**
Th. Dietrich & Co.
in Cassel,
ferner domicilirt in:
Frankfurt a. M., Mainz, Nürnberg, Coblenz, Hannover, Hamburg,
befördert täglich direct Anzeigen an sämtliche Zeitungen, Fachschriften u. Deutschlands und des Auslandes zu Originalpreisen.
Inserationsstarke gratis.

Abonnements-Einladung.
Heute wird die Probenummer einer vom 15. d. M. ab in meinem Verlage wöchentlich zweimal zum Preise von vierteljährlich 1 M. 50 Pf. erscheinenden Zeitung:

„Der Reichsbürger“

ausgegeben, zu deren Abonnement ich hiermit ergebenst einlade.
„Der Reichsbürger“ wird in jeder Nummer einen politischen Leitartikel bringen; ferner eine **Rundschau**, in welcher die wichtigsten politischen Ereignisse besprochen werden. Unter der Rubrik: **Gesetzgebung und Statistik** werden verschiedene Gesetze, die interessanteren Reichstagsverhandlungen und wissenschaftliche statistische Zusammenstellungen gebracht. Außerdem sollen **belehrende Artikel** verschiedener Art Aufnahme finden und werden die wichtigeren Vorlesungen der Stadt Leipzig und deren Umgebung besprochen.
Inserate werden billigt, die 3spaltige Petitzeile zu nur 10 Pf., berechnet. Der Abonnementspreis für das erste Halbjahr beträgt 75 Pf.
Zahlreichem Abonnement und Einblendung von Inseraten steht entgegen
[1088] **Carl Wilh. Vollrath, Leipzig, Inselstraße 2.**

Kunst-Gewerbe-Ausstellung zu Leipzig.
Eintrittskarten werden in Partien von je 100 Stück an Wiederverkäufer von Sonnabend, den 10. d. Monats, ab in den Stunden von 10—12 Uhr Vormittags und 2—5 Uhr Nachmittags Hainstrasse 1, I. Etage, abgegeben, da ein Einzelverkauf am Eingange zur Ausstellung nicht stattfinden soll.
[1074-77] **Der Geschäftsführende Ausschuss.**

Harzburg, Bade-, Klimatischer Cur- und Sommeraufenthaltort.
Eröffnung der sämtlichen Etablissements der **Harzburger Actien-Gesellschaft** am 30. Mai cr.
Schluss der Saison im October.
Unsere **Schweizer Molken-Anstalt** unter Leitung des Appenzellers Huber auf unserer Curpromenade unter den Eichen wird gleichfalls am 30. Mai eröffnet.
Vorausbestellungen von Logis sind an die Verwaltung des Actien-Hotels in Harzburg am Harz zu richten. (H. 51930)
Braunschweig, im April 1879.
Die Direction. [1006-10]

Stettin — Kopenhagen.
A. I. Postdampfer „Titania“ Capt. Ziemke, von Stettin jeden Sonnabend 12 U. Mittg., von Kopenhagen jeden Mittwoch 3 U. Mittg. Dauer der Ueberfahrt 14 bis 15 Stunden.
Rud. Christ. Gribel in Stettin. [574-59]

Cirque Royal.
CIRCUS RENZ
Ecke der Frankfurter und Canalstrasse.
Heute Sonntag, den 11. Mai 1879, 2 grosse Vorstellungen.
Um 4 Uhr Nachmittags: „Der Fall von Plewna.“
Um 7 1/2 Uhr Abends: „Grosses Chinesisches Fest“, ganz neu arrangirt und inscenirt vom Director E. Renz. In beiden Vorstellungen Auftreten des Chinesen Chan Yu-Sing (8' 10" rh. u. gross). Debut der berühmten amerikanischen Wasserkönigin Miss Lurline, auf ihrer Durchreise nach Hamburg in ihren ausdauernden u. staunenerregenden Productionen unter Wasser. In beiden Vorstellungen Auftreten der berühmtesten Künstler und Künstlerinnen, sowie Reiten und Vorführen der bestdressirten Schut- und Freiheits-Pferde.
Heute Sonntag Nachmittags 1/4 4 Uhr **III. grosses Kunst-Wettrennen** auf der **Universitätswiese** (hinter dem Johanna-Park), neuester Art, mit ganz neuen Reitplätzen, unter anderem: „Der Sprung auf den irländischen Wall“ (Hoch-Grabsprung, 20' Sprungweite, dieser Sprung wird im Steeple-Chase ausgeführt). Zum 1. male: Die grossartigen **Tromplinesprünge**, ausgeführt von den vorzüglichsten Künstlern der Gesellschaft.

Freie Concurrenz
im **Trabfahren (einspännig)** zwischen dem Herrn **A. M. Ritter** (Bes. des Centralbazar f. Fahrwesen) mit **eigenen Pferden** — und dem Herrn **J. W. Hager** (Da Herr Ritter beim ersten Rennen durch Mehrgewicht seines kräftigen Wagens in Nachtheile war, so überlasse ich Herrn Ritter zum kommenden Rennen einen meinr kräftigen Wagen).
Alles Nähere die Anschlagzettel.
[1099] **E. Renz, Director.**

Familien-Nachrichten.
Verlobt: Hr. Reinhold Bartel in Reichenbach i. B. mit Frä. Alma Striegler in Reichenbach. — Hr. Eduard Futterbeck in Leipzig mit Frä. Ranny Zumbach in Reichenbach.
Gebraut: Hr. Louis Brunner in Reichenbach i. B. mit Frä. Hedwig Kramer. — Hr. Emil Krenkel in Waldheim mit Frä. Rosa Jacobi. — Hr. Julius Wohlke in Großenhain mit Frä. Marie Vogt.
Geboren: Hr. Premierlieutenant Günther v. Winau in Dresden eine Tochter. — Hr. Bernhard Kläbe in Leipzig eine Tochter. — Hr. Pastor Lober in Großbernsdorf eine Tochter. — Hr. Paul Roth in Bernigerode ein Sohn. — Hr. Hugo Schinke in Reuditz ein Sohn. — Hr. Max Seydel in Meuselwitz eine Tochter. — Hr. Edgar Wagner in Leipzig ein Sohn.
Gestorben: Hr. Kaufmann und Fabrikbesitzer **Clamor Hälsemann** in Altenburg. — Hr. Paul Hermann Besch in Leipzig. — Frau Therese Pöffel in Leipzig. — Frau Johanne verw. Michel, geb. Eubler, aus Sebnitz. — Hr. Heinrich Weidner, aus Leipzig, in Guabalajara (Mexico). — Hr. Rathsoberregistrator und Archivar **Karl Gottlob Zimmer** in Chemnitz.